

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2000**Internet für alle?! Zugangschancen und Mediennutzungskompetenz im Lande Bremen**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat unter Drucksache 15/544 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

1. Verfolgt der Bremer Senat zurzeit eine Gesamtstrategie, um öffentliche Internetzugangsmöglichkeiten (Public Access Points) und Möglichkeiten zu Erwerb von Mediennutzungskompetenz für die Menschen im Land Bremen zu schaffen, und wenn ja aus welchen Komponenten besteht diese Strategie?

Der Senat verfolgt eine einheitliche Gesamtstrategie bei den genannten Feldern. Den Rahmen dafür bildet die Beteiligung und Durchführung von Projekten, z. B. das Projekt Media@komm, die Kooperation mit Partnern und die entsprechenden Programme des Senats wie z. B. das Programm zur Informations- und Mediennutzung „Bremen in T.I.M.E.“.

Dabei berührt die Frage drei Schwerpunkte:

1. die Möglichkeit, das Internet als Angebot aktiv nutzen können,
2. die Möglichkeit, Angebote des Internets allen zugänglich zu machen,
3. die Möglichkeit, selbst Angebote ins Internet zu stellen.

Angesichts der Fülle der technischen Möglichkeiten und der Dynamik der Entwicklung sind diese Schwerpunkte getrennt zu betrachten. Ein Terminal, mit dem Transaktionen im Bereich öffentlicher Dienstleistungsangebote vorgenommen werden sollen, unterscheidet sich sowohl von der technischen Konzeption (z. B. Sicherheitsanforderungen) als auch von der Nutzungsart sehr stark von einem Informationsplatz, an dem bestimmte Fachinformationen über das Internet abrufbar sind. Es unterscheidet sich in Bezug auf die Sicherheitsanforderungen auch von einem PC zuhause. In Warte- und Selbstbedienungszonen ist möglicherweise auch eine Nutzung als Selbstbedienungsterminal sinnvoller als ein Terminal zum freien Surfen im Internet, da die Art und Dauer dieser Nutzung für die umstehenden Wartenden in der Regel nicht zu kalkulieren sind.

Der Senat unterscheidet daher zwischen der Nutzung als Selbstbedienungsterminal und einem betreuten Nutzerterminal zum Erschließen des Internets, worauf sich im folgenden der Ausdruck „Public Access Point“ bezieht.

2. Welche besonderen Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um Menschen Möglichkeit zum Medienkompetenzerwerb zu vermitteln, die keine Möglichkeiten zum Erwerb dieser Kompetenz im Rahmen etablierter „Bildungspfade“ in Schule, Ausbildung, Universität oder beruflicher Weiterbildung haben?

Der Senat hat zahlreiche Maßnahmen initiiert, um den angesprochenen Bevölkerungsgruppen den Erwerb von Medienkompetenz zu ermöglichen.

Die Bremer Volkshochschule gewährleistet als kommunaler Weiterbildungsträger der Stadt die differenzierte und sozialverpflichtete Grundversorgung der Bevölkerung mit allgemeiner, kultureller, politischer und beruflicher Weiterbildung; darüber hinaus entwickelt sie innovative Maßnahmen und Modellprojekte. In diesem Rahmen bietet die Bremer Volkshochschule seit einigen Semestern niedrig-

schwellige und kostengünstige Maßnahmen an, die auch solchen Zielgruppen den Erwerb von Medienkompetenz erleichtern, die sonst keine Zugangsmöglichkeiten zum Internet haben. Diese Angebote, die u. a. unmittelbar für spezielle Zielgruppen (Ältere, Jugendliche, Frauen, Langzeitarbeitslose) konzipiert wurde, werden als Kurse und Seminare, aber auch als Bildungsurlaube vorgehalten. Besonders nachgefragt sind derzeit Kurse für Computer-Einsteiger/-innen mit dem Schwerpunkt Internetnutzung; die Nachfrage nach diesen Kursen steigt beständig.

Die Bremer Volkshochschule beteiligt sich ferner an der gemeinsamen Initiative der Bertelsmann-Stiftung, des „Stern“ und des DVV „Internet für Einsteiger“, welche bundesweit eigens zwecks Popularisierung des Informationsgewinns durch Internet ins Leben gerufen worden ist.

Darüber hinaus stellen die Volkshochschulen des Landes Bremen im Rahmen des Modellprojektes iLOC ein Lernportal über das Internet zur Verfügung. Die Volkshochschulen des Landes nehmen mit diesem Modellprojekt bundesweit eine Spitzenposition bei der Nutzung virtueller Lernmedien ein. Im Rahmen des Modellprojektes steht Nutzer/-innen ohne eigenen PC u. a. ein Selbstlernlabor mit Zugang zum Internet zur Verfügung.

Ziel von Arbeitsmarktpolitik ist es, dass der Zugang zu dem immer bedeutsameren Medium Internet auch der Bevölkerungsgruppe der Arbeitslosen nicht verschlossen bleibt. Möglichst allen Arbeitslosen ohne Internet-Kenntnisse soll die Nutzung dieser Informationstechnologie für ihre bessere Orientierung und berufliche Eingliederung ermöglicht werden.

Die Arbeitsämter bieten seit Oktober 2000 jeder und jedem Arbeitslosen ohne (ausreichende) Internet-Kompetenz die Möglichkeit des Erwerbs eines „Internet-Führerscheins“, da der Erwerb die Fähigkeiten zur Selbstsuche der Arbeitslosen im Internetangebot der Bundesanstalt für Arbeit sowie bei einschlägigen Vermittlungsagenturen und bei Stellenangeboten von Firmen in ihrem jeweiligen Internetangebot erweitert. Zusätzlich zum Erwerb des „Internet-Führerscheins“ erhält jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer zur Festigung des Erlernten einen „Internet-Surf-Gutschein“ über 50 DM.

Seit Juli 2000 betreibt die BIQ Bremische Initiative zur Vorqualifizierung e. V. in enger Kooperation mit dem Arbeitsamt Bremen zwei „Job Info Center“ direkt vor Ort im Arbeitsamt Mitte/Süd und im Arbeitsamt Vegesack. Die „Job Info Center“ sind offene Anlaufstellen, die schnell, unbürokratisch und kostenlos Unterstützung bei der Stellensuche und Berufswegplanung bieten. In den Centern finden Kundinnen und Kunden ein vielfältiges Angebot individuell kombinierbarer Serviceleistungen vor — von Internetnutzungen, persönlicher Beratung rund um Stellensuche und Berufswegplanung bis zur Erstellung professioneller Bewerbungsunterlagen am PC.

Mit einem Projekt des Deutschen Roten Kreuzes „Berufsorientierung und Berufsmotivation“ im Zentrum für Schule und Beruf fördert der Senat die Zugangschancen und Mediennutzungskompetenzen speziell von Jugendlichen, die überwiegend keine Vorkenntnisse aus der Schule mitbringen und deswegen Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in den Beruf haben. Bei der Vermittlung von EDV- und Internetkenntnissen werden auch spezielle Kurse für Mädchen angeboten.

Im Rahmen der stadtteilbezogenen Jugendförderung wird das Ziel verfolgt, alle Jugendeinrichtungen bis zum Jahre 2005 mit öffentlichen nicht-kommerziellen Internetzugängen auszustatten. Für die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe wurde im Jahre 2000 im Trägerverbund ein Qualifizierungsprogramm gestartet, um neben den erforderlichen technischen Kompetenzen insbesondere methodische und konzeptionelle Qualifizierungen zu schulen.

3. Welche Maßnahmen plant der Senat um behinderten Bürgerinnen und Bürgern einen möglichst breiten Zugang zu den Informationstechnologien und deren Inhalten zu ermöglichen?

Im Sonderschulbereich werden gegenwärtig erhebliche Anstrengungen unternommen, behinderten Schülerinnen und Schülern einen Zugang zu neuen Informationstechnologien zu eröffnen. In Zusammenarbeit mit den Krankenversicherungen werden in Schulen spezifische Gerätekonfigurationen und Software bereitgestellt, um Nutzungskompetenz schulen zu können. Die kommunikativen Lei-

stungen der Behinderten und die erzielten therapeutischen Wirkungen belohnen ein besonderes Engagement der Lehrkräfte.

Bei den so genannten Web.Punkten (Computerräume mit Internet-Zugang) in öffentlichen Schulen in Bremen und Bremerhaven wurde bereits bei der Ausschreibung und der Sichtung der Bewerbungen darauf geachtet, dass in mindestens einem Web.Punkt pro Region behindertengerechte Zugänge zu den Räumen vorhanden sind.

Einige Behinderungsformen — insbesondere Sinnesbehinderungen — stellen besondere Anforderungen an die Hard- und Software. Die graphischen Darstellungsformen und Bedienungselemente im Internet erschweren z. B. die Transformation in Blindenschrift. Die Bundesregierung hat daher Teile ihres Informationsangebotes im Internet in reine Textversionen umgewandelt, damit sie über Braille-Schrift-Ausgabetechniken auch für Blinde nutzbar sind. Der Senat wird entsprechende Möglichkeiten auch für bremen.de prüfen.

4. Welche Orte und Institutionen favorisiert der Senat für den Aufbau und Betrieb von Public Access Points?

Für Public Access Points, die dem Erwerb von Medienkompetenz dienen, kommen vor allem Orte in Frage, in denen

- a) ein Meinungsaustausch der Nutzer möglich ist,
- b) eine Betreuung vorhanden ist,
- c) die nötige Umgebung für den Einstieg in diese — für viele Bürger noch komplexe — Materie möglich ist.

Die Verwirklichung dieser Rahmenbedingungen wird z. B. bei den nachfolgend beschriebenen Zugangsmöglichkeiten erfüllt.

Um den Internet-Zugang allen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, fördern der Senat in Verbindung mit dem Arbeitsamt und der Europäischen Union die Einrichtung von betreuten Internet-Cafés. Beispielhaft erwähnt sei der Internet-Club Gröpelingen der Planungswerkstatt in Bremen e. V., der vom Service Kontor West im Trägerverbund Lindenhof betrieben wird. Zielgruppen dieses stadtteilorientierten Projektes sind primär arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene, Migrantinnen und Migranten und bildungsentwöhnte Personen. Die Universität Bremen betreibt gemeinsam mit dem DGB in zentraler Lage am Bahnhofsplatz ein Internet-Center. Das Angebot richtet sich gezielt an Jugendliche und reicht vom unverbindlichen Hineinschnuppern ins Internet bis zur qualifizierten Beratung. Ein weiteres Beispiel ist die Förderung des EDV-Zentrums/Internet-Cafés des Mütterzentrums Osterholz-Tenever. Hier wird der Öffentlichkeit in einem sozial benachteiligten Wohngebiet eine kostengünstige Zugangsmöglichkeit zu moderner Informations- und Kommunikationstechnologie angeboten. Aufbau und Anlaufphase der Internet-Cafés werden mit ABM-Kräften begleitet.

Die Schülerstudios des Landesinstituts für Schulen im Medienzentrum Walle (erstes Internetcafe in Bremen überhaupt) und im Medienzentrum Nord bieten vor allem jenen Jugendlichen Arbeitsmöglichkeiten und Unterstützung, die besondere Leistungen im kreativen Bereich erzielen wollen. Dabei werden Anregungen aus dem außerschulischen Bereich — insbesondere auch von professionellen Mediengestaltern — eingebracht und für Schulen nutzbar gemacht.

Generell können u. a. Schulen solche Zugänge anbieten (doppelte Nutzung von Räumen). Die derzeit in Aufbau befindlichen Web.Punkte an bis zu 30 Schulen im Land Bremen sind ein erster Modellversuch für öffentliche Zugangsmöglichkeiten. Dieses Projekt wird als Kooperationsprojekt zwischen der Deutschen Telekom AG und dem Senator für Bildung und Wissenschaft realisiert und beginnt mit der Übergabe von sechs Web.Punkten an Schulen im Jahr 2000.

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendförderung in den Stadtteilen sind besonders gut geeignet, um niedrigschwellige Zugänge, altersgemäße Umgebung und bei Bedarf Anleitung und Begleitung durch aktive Jugendliche und durch Fachkräfte sicherzustellen.

Die Stadtbibliothek verfügt derzeit über 16 Internetarbeitsplätze für Kunden/-innen in den Bibliotheken — darunter zwei, die mit einer so genannten Computerbibliothek ausgestattet sind: die Zentralbibliothek am Schlüsselkorb und die Stadtbibliothek West (als Standard für dezentrale Stadtbibliotheken).

Die Stadtbibliothek führt mehrteilige Schulungsprogramme für Mitarbeiter/-innen durch und bietet thematische Kundens Schulungen an.

Im Rahmen des Internet-Modellprojektes Agenda 21 sind vom Umweltressort sechs Computer mit Internet-Zugang angeschafft worden. Diese Rechner sind an verschiedene Institutionen mit Möglichkeiten eines öffentlichen Zugangs für Agenda-Interessierte ausgeliehen worden: BürgerInnenbüro, Stadtbibliothek Neustadt, Forum Kirche, Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, AG Stadt-Land-Ökologie und Umweltbehörde. Über diese Zugänge wird es den Agenda-Interessierten möglich sein, am Internet-Modellprojekt teilzunehmen. Diese Zugangsmöglichkeiten bestehen bis heute.

In Bremerhaven-Grünhöfe hat der Senat ein städtisches Pilotprojekt zum Betrieb eines innovativen Dienstleistungszentrums initiiert. In dieses Dienstleistungszentrum ist ein „Info-Treff-Café“ als Informations- und Kommunikationszentrum für Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aus dem Stadtteil Grünhöfe, integriert, dass seit Juli 2000 gemeinsam vom Bremerhavener Institut für Fertigungstechnik und Telematik (BIFT) an der Hochschule Bremen mit seinem Technologie-Transfer-Zentrum, der Wirtschafts- und Sozialakademie der Angestelltenkammer Bremen GmbH in Bremerhaven und dem Arbeitsförderungs-Zentrum Bremerhaven (AFZ) aufgebaut und betrieben wird.

Das „Info-Treff-Café“ ist wegen seiner vielseitigen Angebote und Beratungen gut dazu geeignet, auch bildungs- und technikferne Bürgerinnen und Bürger an die Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken heranzuführen. Das Angebot wird im Stadtteil gut angenommen; u. a. werden auch türkische Bewohner/-innen und Bewohner mit den Möglichkeiten der neuen Technik vertraut gemacht.

Die Einrichtung betreuter Benutzerplätze ist auch im Rahmen des Projektes Media@KOMM in den Ortsämtern Horn-Lehe, Blumenthal, Huchting, Hemelingen und Osterholz vorgesehen. In diesen Ämtern werden PC mit Internetzugang aufgestellt. Über die Betreuung durch Fachkräfte aus dem jeweiligen Amt soll insbesondere ein Kennenlernen der Media@KOMM spezifischen Technologie erreicht werden.

Anfang 2001 wird der betreute Internetzugang im Ortsamt Horn-Lehe in Betrieb genommen werden. Das Stadtamt plant einen betreuten Internetzugang mit der Einrichtung des Dienstleistungszentrums.

Für Informationsterminals, die der direkten Nutzung öffentlicher Angebote dienen, müssen die Betreuer die entsprechenden Angebote kennen und für diese Nutzungshürden überwinden helfen. Gleichzeitig muss diese Betreuung auch die anderen Online- und traditionellen Angebote ihres Arbeitsbereichs kennen. Für diese besondere Aufgabenstellung bieten sich Orts- und Bürgerämter an, aber auch andere Dienststellen, in denen ein hohes Publikumsaufkommen herrscht, z. B. Bibliotheken.

5. Welche positiven und negativen Erfahrungen hat der Senat bisher mit der Bereitstellung öffentlicher Zugänge zum Internet gemacht?

Die Angebote im Bereich der betreuten Internet-Zugänge werden gut angenommen, die Erfahrungen sind durchweg positiv. Z. B. liegt die Auslastung der öffentlichen Zugänge in den Bibliotheken bei 100 % — neben den nach Voranmeldung über die gesamte Öffnungszeit vergebenen stündlichen Terminen gibt es auch Terminals für aktuelle Kurzrecherchen der Kunden/-innen.

Hervorzuheben ist, dass auch alle aufgestellten Informationskioske genutzt wurden. Allerdings war nicht die Nutzung eines bestimmten Angebots zu beobachten, z. B. des Stadtinformationssystems, sondern die Säulen dienten dazu, das Internet kennen zu lernen und um Wartezeiten zu überbrücken.

Der hohe Betreuungsaufwand für die Technik ist allerdings immens und kann nicht dauerhaft im Rahmen bestehender Aufgaben wahrgenommen werden. Die Anbindung der Säulen über eine ISDN-Wählleitung und die Anfälligkeit der in den Säulen installierten PC gegen unsachgemäße Behandlung durch die Nutzer führten zu hohen Stillstandzeiten und einem hohen Wartungsaufwand. Dieser Wartungsaufwand ist nicht sinnvoll durch das hauseigene Personal zur Verwaltung von Arbeitsplatzrechnern und Netzen abzudecken, da öffentliche Informationskioske

ganz andere Anforderungen stellen. Außerdem ist auch die Logistik (Finden eines geeigneten Ortes, Transport der Säule, Konfiguration der PC, Inbetriebnahme und Wartung der Säule) eine gesonderte Aufgabe.

Weitere Erfahrungen mit öffentlich zugänglicher Technik wurde mit dem Aufstellen von Infosäulen (ohne Internet-Anschluss) in einigen Ortsämtern und den Weserterrassen gesammelt. Diese Erfahrungen sind ambivalent, denn die Geräte wurden zwar genutzt, waren aber häufig aufgrund technischer Störungen nicht einsatzfähig.

6. Welches Senatsressort ist federführend mit der Weiterentwicklung derartiger Angebote betraut?

a) Welche externen Kooperationspartner gibt es?

b) Gibt es weitere Kooperationsbezüge?

Federführend ist der Senator für Finanzen mit der Weiterentwicklung derartiger Angebote im Bereich E-Government betraut. Im Übrigen fällt die Verantwortung in die entsprechenden Ressortbereiche.

a) Als Kooperationspartner außerhalb der Verwaltung stehen neben den landeseigenen Gesellschaften und Eigenbetrieben die Universität Bremen (Technologiezentrum Informatik) und die Deutsche Telekom AG bereit.

b) Die Kooperationsmöglichkeiten sind vielfältig. Insbesondere im Bereich des E-Government bietet sich bei Selbstbedienungsterminals durch die Möglichkeit, öffentliche Dienstleistungsangebote mit Angeboten anderer Dienstleister zu kombinieren ein großes Potential, das Synergieeffekte ermöglicht.

7. Welche weiteren Initiativen plant der Senat, und welche finanziellen Mittel stehen dafür zur Verfügung?

Der Senat hat am 23. Mai 2000 das Rahmenprogramm zur Informations- und Mediennutzung „Bremen in T.I.M.E.“ zur Kenntnis genommen. Ziel dieses Landesprogramms ist es u. a., alle Bevölkerungsgruppen und alle Sektoren der Wirtschaft an eine intensive Mediennutzung heranzuführen. Für die Umsetzung dieses Landesprogramms sind bis 2005 zusätzlich 100 Mio. DM vorgesehen.

Insbesondere über Maßnahmen im Bereich des lebenslangen Lernens soll allen gesellschaftlichen Gruppen ermöglicht werden, Medienkompetenz als eine grundlegende Schlüsselqualifikation zu erwerben. Gegenwärtig entsteht ein „Masterplan“ für die Umsetzung des Landesprogramms im ersten Förderungsjahr. Er orientiert sich an den Schwerpunktthemen e-commerce, Medienwirtschaft, e-learning und Neue Arbeitsmethoden; für Bremerhaven ist ergänzend ein Programm vorgesehen, das den dortigen Bedarfen Rechnung trägt.

8. Für welche Zielgruppen sind kostenfreie Möglichkeiten zur Internetnutzung und zum Erwerb von Mediennutzungskompetenz geplant?

Der Senat bevorzugt keine bestimmte Zielgruppe, sondern spricht alle Zielgruppen an. Er geht jedoch davon aus, dass Bevölkerungsgruppen, die keine Erfahrungen und/oder keine technischen Möglichkeiten haben, sich besonders von dem Angebot der Public Access Points angesprochen fühlen werden. Die Betreuung soll diesem Umstand besonders Rechnung tragen.

Die Web.Punkte können Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und externe Nutzer kostenfrei nutzen — den Schulen steht es allerdings frei, ein „niedrigschwelliges Benutzungsentgelt“ für die Deckung der Betriebskosten zu verlangen (Orientierung an öffentlichen Bibliotheken).

Mit Unterstützung aus ESF-Mitteln sollen unter dem Titel „Lehrlinge online“ ebenfalls Auszubildende an beruflichen Schulen einen kostenfreien Zugang zum Internet erhalten und ihre berufliche Qualifizierung unter Nutzung der Informations- und Austauschmöglichkeiten des Internet mitgestalten können. Dieses Vorhaben soll in 2001 mit ausgewählten Berufsgruppen an einzelnen beruflichen Schulstandorten in Bremen und Bremerhaven starten.

9. Plant der Senat die Kooperation mit privatwirtschaftlichen Unternehmen (Public-Private-Partnerships), um die Nutzungsmöglichkeiten des Internets zu verbessern und wenn ja, welche Art von Kooperationen sind das?

Die Strategie des Senats im Bereich Internet umfasst die Beteiligung zahlreicher Kooperationspartner aus der Privatwirtschaft. Im Bereich der Public Access Points gilt dies besonders für die Kooperation mit der Deutschen Telekom und die Bremen Online Services GmbH&Co KG, an der der Senat gemeinsam mit privaten Partnern Anteile hält. Diese Gesellschaft wird besonders die Möglichkeit elektronischer Dienstleistungen in Public Access Points weiterentwickeln.

Die Web.Punkte sind zunächst bis Ende 2002 als Public-Private-Partnership angelegt. Die Deutsche Telekom AG und der Senator für Bildung und Wissenschaft beteiligen sich daran mit jeweils 2 Mio. DM.

10. Welche Strategien verfolgt der Senat, um die Verfügbarkeit vielfältiger Inhalte (Content) mit regionalem Bezug für unterschiedliche Zielgruppen sicherzustellen?

Im Internet-Informationssystem „bremen.online“ finden sich bereits jetzt vielfältige Inhalte mit regionalem Bezug.

Darüber hinaus unterstützt der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales durch die Förderung des bremischen Landesjugendservers „www.jugendinfo.de“ (ServiceBureau Internationale Jugendkontakte) die Präsentation der Träger, Einrichtungen, Projekte und Inhalte der Kinder- und Jugendhilfe im Lande Bremen und bewirkt auf diese Weise einen aktuellen und jederzeit verfügbaren Zugang im Bereich der Jugendinformation. Durch Ausweitung und kleinräumige Vernetzung innerhalb des Landes und der Stadtgemeinden sollen weitere Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten für junge Menschen, für Fachkräfte, Multiplikatoren und Eltern erschlossen werden. Daneben beteiligt sich das Land Bremen an der Entwicklung und am Betrieb des bundesweiten Jugendinformationsterminals www.jugendserver.de, über den sämtliche Jugendinformationdienste länder- und trägersäulenübergreifend vernetzt werden.

Der Senat plant über die bisherigen Aktivitäten hinaus nicht, eigenen Content zu erstellen. Daher kommt der Lizenzierung fremden Contents besondere Bedeutung zu. Im Rahmen der weiteren Gestaltung des Stadtinformationssystems „bremen.online“ ist daher daran gedacht, die Inhalte von Kooperationspartnern zu integrieren.

11. Auf welche Weise wird der Senat im Zuge der Umstrukturierung des Stadtinformationssystems bremen.de sicherstellen, dass alle gesellschaftlich relevanten Gruppen die Möglichkeit haben dort gleichberechtigt ihre Inhalte einzustellen?

Der Senat prüft zurzeit, durch welche Möglichkeiten Bürger einen Anspruch erhalten können, eigene Inhalte einzustellen. Ermöglicht werden sollte, dass alle Institutionen, Vereinigungen und Gruppen einen kostenlosen Grundeintrag erhalten können, wenn sie dies wollen. Außerdem wird zu prüfen sein, inwieweit darüber hinausgehende Anliegen wie z. B. das Einrichten von Bürgerforen, kostengünstig ermöglicht werden können. Die Details werden jedoch erst nach der Bildung der zukünftigen Betreibergesellschaft geklärt werden.

12. Wie und wo können Bremer und Bremerhavener Bürgerinnen ihre Anregungen zur Weiterentwicklung der Möglichkeiten öffentlicher Internetnutzung in Verbindung mit dem Erwerb von Mediennutzungskompetenz und der Bereitstellung von Inhalten einbringen?

Für die Anregungen zur Weiterentwicklung von bremen.de stehen die Schwarzen Bretter und die Redakteure als direkte Ansprechpartner zur Verfügung. Daneben besteht schon jetzt die Möglichkeit als „Redakteur h. c.“ eigene Anregungen selbst umzusetzen und Themen mit bremischem Bezug selbst im Stadtinformationssystem darzustellen. Es ist davon auszugehen, dass alle anderen Initiativen ebenfalls Möglichkeiten bieten werden, dass Bürger ihre eigene Anregungen so weit wie möglich umsetzen bzw. Anstöße dafür geben können.